

Ausschuß für Innere Verwaltung

Protokoll

40. Sitzung (nicht öffentlich)

17. Juni 1993

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.50 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Reinhard (Gelsenkirchen) (SPD)

Stenograph: Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Sechstes Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5042

1

Der Ausschuß erörtert den Gesetzentwurf abschließend und stimmt wie folgt über die **Änderungsanträge** ab:

Der Änderungsantrag der CDU (s. **Anlage 1**) wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. **abgelehnt**.

Die Ziffern **I** und **II** des Änderungsantrags der SPD (s. **Anlage 2**) werden mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der GRÜNEN **angenommen**.

Der vom Abgeordneten Paus gestellte Änderungsantrag, bei Artikel 1 Nr. 24 in § 102 d Abs. 1 Satz 2 hinter den Wörtern "notwendig ist," das Wort "soweit" durch das Wort "sowie" zu ersetzen, wird einstimmig **angenommen**.

In der **Gesamtabstimmung** wird der **Gesetzentwurf** Drucksache 11/5042 mit den beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU, der F.D.P. und der GRÜNEN **angenommen**.

Berichterstatterin: Abgeordnete Heemann (SPD)

2 Entwicklung der Straffälligkeit bei Asylbewerbern

5

Auf Antrag der CDU wird die Beratung vertagt.

3 Ergebnisse der Arbeit der "Schüler-Kommission"

6

Statt einer Berichterstattung im Ausschuß sollen interessierte Ausschußmitglieder Gelegenheit erhalten, an der vorgesehenen Berichterstattung der Landesregierung gegenüber den Fraktionsvorsitzenden teilzunehmen.

Ausschuß für Innere Verwaltung
40. Sitzung

17.06.1993
ei-mj

Seite

4 Abschiebung von Personen aus den Zentralen Aufnahmestellen für Asylbewerber (ZAST)

Antrag der CDU-Fraktion vom 9. Juni 1993

7

StS Riotte (IM) erstattet einen kurzen Bericht. Sich ergebende Fragen werden vom Innenminister und vom Staatssekretär beantwortet.

5 Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen - Mitbestimmungsgesetz - NW

Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/4929

in Verbindung damit:

Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/5019

und:

Drittes Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5258

Vorbereitung einer öffentlichen Anhörung

11

Der Ausschuß beschließt einvernehmlich, am 23. September eine öffentliche Anhörung durchzuführen, und verständigt sich auf die einzuladenden Sachverständigen.

6 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1993 (Nachtragshaushaltsgesetz 1993) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1993 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5510

13

Nach Erörterung von Fragen zur Beförderungssituation im mittleren Dienst bei der Schutzpolizei und zu bei anderen Personaltiteln vorgesehenen Veränderungen stimmt der Ausschuß über folgenden Antrag der Fraktion der SPD ab:

1. Die bisherige Wartezeit einer Beförderung von A 7 nach A 8 im mittleren Dienst der Schutzpolizei von zur Zeit circa neun Jahren soll auf circa sechs Jahre reduziert werden.
2. Die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen wird der Unterausschuß "Personal" im Rahmen der Haushaltsberatungen zum Nachtragshaushalt 1993 schaffen.

Er wird mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU, der F.D.P. und der GRÜNEN angenommen.

In der Gesamtabstimmung wird der Entwurf des Nachtragshaushalts - Einzelplan 03 - mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der F.D.P. und der GRÜNEN angenommen.

Berichterstatter beim HFA: Abgeordneter Frechen (SPD)

7 Ausgewogene Gesamtkonzeption zur Verwirklichung einer leistungsgerechten Besoldung der Polizei in Nordrhein-Westfalen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/5053

Vorlagen 11/2073 und 11/2093

17

Nach kurzer, abschließender Aussprache wird der Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/5053 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

Berichterstatterin: Abgeordnete Hussing (CDU)

Ausschuß für Innere Verwaltung
40. Sitzung

17.06.1993
ei-mj

Seite

**8 Gesetz über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen
(Verfassungsschutzgesetz - VSG NW -)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/4743

18

Nach kurzer Beratung wird der Antrag des Abgeordneten Appel (GRÜNE), eine Sachverständigenanhörung durchzuführen, mit den Stimmen von SPD und CDU gegen die Stimmen der F.D.P. und der GRÜNEN abgelehnt.

Der weitere Antrag des Abgeordneten Appel (GRÜNE) auf Zuziehung von Sachverständigen zu den Ausschußberatungen wird ebenfalls mit den Stimmen von SPD und CDU gegen die Stimmen der F.D.P. und der GRÜNEN abgelehnt.

Der Gesetzentwurf soll in der nächsten Sitzung mit dem Präsidenten des Landesamts für Verfassungsschutz, dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und dem Direktor des Landeskriminalamtes beraten werden.

**9 Diskriminierung von unverheirateten Personen und von
Beamtinnen im Erziehungsurlaub durch Verordnungen des
Landes aufheben**

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/4295

Vorlagen 11/1965, 11/2037, 11/2106 und 11/2118

20

Nach kurzer, abschließender Beratung wird der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/4295 mit den Stimmen der Fraktionen

der SPD, der CDU und der F.D.P. gegen die Stimme der
Fraktion DIE GRÜNEN **abgelehnt.**

Berichterstatter: Abgeordneter Lucas (SPD)

**10 Gefahrguttransporte auf den Straßen Nordrhein-Westfalens
- Konzept zum effektiveren Einsatz der Polizei bei der
Kontrolle von gefährlichen Gütern auf den Straßen**

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/2695

Vorlage 11/1216

21

Die Beratung wird **vertagt.**

**11 Überlegungen der Landesregierung zur ordnungsrecht-
lichen Steuerung des Züchtens, Haltens und Abrichtens
von Kampfhunden**

22

Die vorgesehene Berichterstattung des Innenministers wird bis
Oktober 1993 **zurückgestellt.**

12 Anträge zur Asylpolitik

22

Die in Anlage 3 unter den Nrn. 1 bis 3, 5 bis 7 und 9 aufgeführten Anträge werden vom Ausschuß für erledigt erklärt.

Der unter Nr. 8 aufgeführte Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN "Menschenrechtsverletzungen an Frauen als Asylgrund anerkennen" - Drucksache 11/4568 - wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der F.D.P. gegen die Stimme der Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt.

Berichterstatter: Abgeordneter Paus (Detmold) (CDU)

13 Härtefonds des Landes Nordrhein-Westfalen zur Unterstützung von NS-Opfern aus Billigkeitsgründen

hier: Benennung der Mitglieder des Beirats gemäß § 9 Abs. 2 der Richtlinien

Vorlage 11/2040

Zuschriften 11/2527, 11/2559, 11/2636 und 11/2652

23

Der Ausschuß benennt einvernehmlich fünf ordentliche und fünf stellvertretende Beiratsmitglieder (s. Seite 24 des Diskussionsprotokolls).

Ausschuß für Innere Verwaltung
40. Sitzung

17.06.1993
ei-mj

laden werden. - **Abgeordneter Jentsch (SPD)** hält ebenfalls den Bund der Steuerzahler in dieser Frage für nicht kompetent.

Aufgrund dieser Bedenken wäre **Abgeordneter Paus (Detmold) (CDU)** einverstanden, statt des Bundes der Steuerzahler Verwaltungswissenschaftler wie Prof. Ellwein oder Prof. Laux einzuladen. - **Abgeordneter Kreutz (GRÜNE)** bittet um die Möglichkeit, in den nächsten Tagen seitens seiner Fraktion noch einen unabhängigen Wissenschaftler nachnominieren zu können.

Der Ausschuß ist mit diesen Vorschlägen einverstanden und beschließt einvernehmlich, am 23. September die öffentliche Anhörung mit der vom Abgeordneten Paus gewünschten Erweiterung der Fragestellung durchzuführen.

6 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1993 (Nachtragshaushaltsgesetz 1993) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1993 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5510

Abgeordneter Frechen (SPD) führt aus, da die Beratung dieses Nachtragshaushalts und die Beratung des Haushalts 1994 nahe beieinander lägen, sei überlegt worden, die Nachschlüsselung im Bereich der Polizei in den Haushalt 1994 einzubinden. Der Arbeitskreis der SPD-Fraktion sei jedoch der Auffassung, daß den Betroffenen das versprochene Signal gegeben werden sollte, und schlage deshalb vor, bei der Nachschlüsselung, die in mehreren Schritten geplant sei, mit einem ersten Schritt zu beginnen, der sich im wesentlichen auf die Unterschlüsselung von Stellen der Besoldungsgruppe A 8 beziehe.

Ausschuß für Innere Verwaltung
40. Sitzung

17.06.1993
ei-mj

Weil die Eingangsstufe des mittleren Dienstes bei der Polizei durch Bundesgesetz von BesGr A 6 auf BesGr A 7 heraufgesetzt worden sei, bestehe über die Nachschlüsselung hinaus die Möglichkeit, vom Institut der Bündelung Gebrauch zu machen. Die Vorstellung der SPD-Fraktion gehe dahin, die zur Zeit bei neun bis zehn Jahren liegende Wartezeit auf eine Beförderung von A 7 nach A 8 in etwa zu halbieren; sie solle auf höchstens sechs Jahre reduziert werden.

Weil die haushaltstechnische Umsetzung schwierig sei, schlage seine Fraktion weiter vor, die konkrete haushaltstechnische Ausgestaltung dem Unterausschuß "Personal" zuzuordnen. Vielleicht könne der Innenminister darlegen, wie viele Stellen in die Maßnahmen der Nachschlüsselung wie auch der Bündelung einzubeziehen seien, um das angestrebte Ziel zu erreichen.

Abgeordneter Paus (Detmold) (CDU) erscheint das äußerst vage. Von einer "Halbierung" könne bei einer Verkürzung auf sechs Jahre nicht gesprochen werden. Ihm sei auch kein Beschluß erinnerlich, daß die Nachschlüsselung in mehreren Schritten erfolgen solle; vielmehr sei angekündigt worden, sie mit dem Nachtragshaushalt 1993 zu vollziehen.

Die globalen Absichtserklärungen der SPD-Fraktion stünden seines Erachtens auf schwankendem Boden. Die CDU-Fraktion behalte sich vor, zur zweiten Lesung noch einen Änderungsantrag zu stellen.

Abgeordneter Frechen (SPD) gesteht zu, daß die Verkürzung der Wartezeit auf sechs Jahre im Vergleich zu heute keine Halbierung bedeute; er sei davon ausgegangen, daß sie vor einiger Zeit noch bis zu zwölf Jahre betragen habe.

Daß die Nachschlüsselung im mittleren Dienst "in mehreren Jahresschritten" vollzogen werden solle, sei in dem von der SPD-Fraktion eingebrachten Entschließungsantrag vom Dezember 1992 festgehalten.

Um die Verkürzung der Wartezeit auf sechs Jahre zu erreichen, sind nach Angaben von **StS Riotte (IM)** etwa 2 000 Stellen von A 7 nach A 8 anzuheben. - Auf die Frage des **Abgeordneten Frechen (SPD)**, ob das Institut der Bündelung dafür benötigt werde, erläutert der **Staatssekretär** weiter, es gebe im mittleren Dienst der Polizei insgesamt eine Unterschlüsselung. Wenn man sie beseitige, ergäben sich daraus rund 660 Hebungen von A 7 nach A 8. Die seit dem 1. Januar 1993 gegebene

Ausschuß für Innere Verwaltung
40. Sitzung

17.06.1993
ei-mj

Möglichkeit der Bündelung erlaube, bis zu 5 800 Stellen umzuwandeln. Die gewünschten 2 000 Stellen ließen sich also entweder allein durch Inanspruchnahme der Bündelungsmöglichkeiten oder durch eine Kombination von 660 Hebungen aus der Nachschlüsselung und 1 340 Stellen durch Inanspruchnahme der Bündelungsmöglichkeiten gewinnen.

Abgeordnete Larisika-Ulmke (F.D.P.) fragt, wie das Vorhaben zu finanzieren sei. Wenn noch der Einspruch des Finanzministers drohe, habe es keinen Sinn, Erwartungen bei den Polizeibeamten zu wecken.

Abgeordneter Frechen (SPD) räumt ein, daß das Vorhaben noch im Unterausschuß "Personal" erörtert und mit dem Finanzminister abgestimmt werden müsse. Es sei aber erklärte Absicht des Arbeitskreises seiner Fraktion, mit diesem ersten Schritt in diesem Bereich, der der Unterstützung besonders bedürfe, anzufangen.

Ein zweiter Schritt, nämlich die Beseitigung der Unterschlüsselung im Bereich der Besoldungsgruppen A 9 / A 9 + Z solle 1994 angegangen werden; über den Umfang werde in den Haushaltsberatungen zu diskutieren sein.

Dazu fragt **Abgeordneter Appel (GRÜNE)**, wie viele Stellen in den Besoldungsgruppen A 9 und A 9 + Z für eine Nachschlüsselung in Betracht kämen und was das koste. Zum anderen weist er darauf hin, daß seine Fraktion erwäge, die Aufhebung der Wiederbesetzungssperre zu beantragen.

Die Wiederbesetzungssperre wirke sich im Bereich der Polizei nur bei den Angestellten aus, entgegnet **StS Riotte (IM)**, weil die Beamtenstellen in der Regel von Anwärtern wieder besetzt werden könnten. - Die Zahl der Nachschlüsselungsmöglichkeiten nach A 9 betrage 1 531; von diesen Stellen könnten 902 nach A 9 + Z weitergeschlüsselt werden.

Abgeordnete Larisika-Ulmke (F.D.P.) bittet zu erläutern, wie es im Haushaltsentwurf zu dem Plus von 99 Stellen komme.

Ausschuß für Innere Verwaltung
40. Sitzung

17.06.1993
ei-mj

StS Riotte (IM) führt aus, im Kapitel der Regierungspräsidenten sei bis zum Jahre 2000 eine Einsparung von 783 Stellen vorgesehen. Diese Zahl stütze sich auf das Zündel-Gutachten, aus dem sich ergebe, daß durch personaltechnische Maßnahmen bis zu 5 % der Stellen und durch massiven Einsatz von Informations- und Kommunikationstechniken weitere 10 % der Stellen eingespart werden könnten.

Für die Optimierung der IuK-Technik, beispielsweise durch Programmierung von Gesetzen, würden etwa 100 zusätzliche Fachkräfte benötigt, die so eingesetzt werden sollten, daß die von ihnen entwickelten Programme ab 1996 anwendungsreif seien, so daß dann mit Stelleneinsparungen begonnen werden könne.

Das angesprochene Stellenplus ergebe sich somit im wesentlichen aus den hundert zusätzlichen Fachkräften für informations- und kommunikationstechnische Maßnahmen, die teilweise den gemeinsamen Gebietsrechenzentren und teilweise dem Kapitel der Regierungspräsidenten zugewiesen werden sollten.

Der Vorsitzende läßt sodann über folgenden Antrag der SPD-Fraktion abstimmen:

1. Die bisherige Wartezeit einer Beförderung von A 7 nach A 8 im mittleren Dienst der Schutzpolizei von zur Zeit circa neun Jahren soll auf circa sechs Jahre reduziert werden.
2. Die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen wird der Unterausschuß "Personal" im Rahmen der Haushaltsberatungen zum Nachtragshaushalt 1993 schaffen.

Der Ausschuß nimmt ihn mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU, der F.D.P. und der GRÜNEN an.

In der Gesamtabstimmung wird der Entwurf des Nachtragshaushalts - Einzelplan 03 - mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Stimmenthaltung der Fraktionen der F.D.P. und der GRÜNEN angenommen. - Zum Berichterstatter wird Abgeordneter Frechen (SPD) bestellt.